

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

139 (19.6.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83599](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83599)

# Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochenschrift, Dämmer Nachrichten), Zentrumorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.50 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.89 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Verhinderung in unserem eigenen Betrieb oder durch anderer Verhältnisse haben der Verlag und Verleger keine Haftung, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint.

Nr. 139. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Dejta, Donnerstag, 19. Juni 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Borelmann, Achterstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

## s. Der eucharistische Friedensfürst.

Wie mancher, der vor sieben Jahren die unvergleichlichen Eindrücke des Eucharistischen Kongresses hat, mag in den leidenschaftlichen, unruhigen Jahren, die seitdem dahingegangen sind, an jene unvergleichliche Sublimierung aller Wölker der Erde, wie sie großartig und felerlicher kaum je gekannt worden ist, vor dem König und Gott im Tabernakel zurückgedacht haben, zurückgedacht auch an jenen weislichen Augenblick, wo Vertreter fast aller Völker und Nationen der Erde sich ihrem eucharistischen König und Herrn angeloben, an jenem Abend einer der mächtigsten Kämpfe der Menschheit, wo ein beglückter Redner über den Frieden der Völker vor dem Tabernakel sprach. Will uns dieser lang erschwindende Festtag der katholischen Welt heute nicht wie ein letzter verwesener Aufbruch der Menschheit erscheinen, die von der Höhe ihrer Erfolge und Triumphe in den Abgrund zu stürzen sich ansetzt? Schon wenige Wochen nach jenem felerlichen Bekenntnis der katholischen Welt zu ihrem eucharistischen Heiland entbrannte auf dem Balkan der Krieg, der in unerlöschlicher Folge zu den erschütternden Katastrophen vor deren Schrecken und Leiden wir heute schauernd stehen. Wie ist die Menschheit und Völkerfische geblieben, die sich auf der Wiener eucharistischen Tagung die Katholiken der ganzen Welt zugesprochen hatten, wo auch nur der gute Wille zur Verständigung und Versöhnung, der unter Christen doch eine Selbstverständlichkeit sein sollte?

So manche schwere und herbe Enttäuschung hat dieser Krieg uns bereitet; bitterer Schmerz als die Erkenntnis, daß auch die weltumspannende Liebe der katholischen Christenheit zerbrach, und Scham brennt auf unseren Wangen bei dem Gedanken, daß häufig unsere katholischen Glaubensbrüder in Feindesland unsere geistlichen, eucharistischen Widersacher waren. Wahrlich, es war ein kleines Geschlecht von Christen, dem Gott die Prüfung dieses Weltkrieges gesandt hat und niemand von uns darf sagen, daß er frei sei von Schuld, niemand von uns soll darum auch einen Stein auf Glaubensbrüder in fremdem Land werfen. Wie Kinder und Jüngere haben wir vor den ewigen Wahrheiten und Forderungen unserer katholischen Glaubens und unserer Sittenlehre gestanden und wußten und trauten uns nicht, sie kraftvoll im wilden Streif verdreher Meinungen zur Geltung zu bringen. In Erwigkeit wird eine schwere Anklage gegen das katholische Volk der ganzen heutigen Welt die Lasten schreien, daß die mahnende, helfende, beschwörende Stimme des Oberhauptes unserer heiligen Kirche wie die Stimme eines Anstößigen in der Welt verhallt ist.

Und wir heute von unserem Wahn befreit? Erkennen es heute die Katholiken der Erde, daß sie verlag haben in diesem Weltunheil? Nicht der Katholizismus, nicht die Lehren und Gebote des Heils, die unsere heilige Kirche als Hüterin des Erbes Christi verhängt, haben ihre Unzulänglichkeit erwiesen — wir Katholiken, wo immer wir unsere Heimat haben, ob Steier oder Westseite, wir haben versagt, wir haben nicht stand gehalten vor der schrankenlosen Wut der entsetzten Kriegsfurie. Gott allein weiß mit uns selbst zu Gericht gehen, wie groß unsere Schuld ist. — vor der Geschichte stehen wir als schwächliche Verwalter eines großen Erbes, als kleine und schwachmüchtige Vertreter einer göttlichen Religion.

Uns hat das Unglück sehend gemacht. Heute wissen wir, daß unsere Schwäche, unsere unmaßvolle, unchristliche Nachgiebigkeit gegen so manche Maßlosigkeit, unsere kleinmütige, fast furchtlose und darum wirkungslose Zustimmung zu den autoritativen Friedensabmachungen des Heiligen Vaters an unserem Unglück mitgewirkt haben, aber — Gott sei es geklagt — auf der anderen Seite fehlte noch mehr als bei uns der Wille, den Friedensworten des Statthalters Christi Gehör zu geben. Christi Weltkirche (sollen in der Tat eine „Religio depopulata“, ein entvölkertes, verwesenes Gotteshaus geworden zu sein, denn das Band lösten zerrissen, daß des Heillands Liebe um seine Fremde und Kinder geschlungen hat. Wird es jetzt, da die Waffen ruhen sollen, da die Menschheit sich nach der Beendigung des Krieges schenkt, sich wieder um die Kinder der katholischen Kirche kümmern? Wird der Geist der Liebe und Versöhnung wieder seine Wohnstatt finden in den Herzen aller katholischen Christen? Wird das Bewußtsein wieder wach werden und erklären, daß wir Menschen alle Brüder sind, durch Christi Wut erlöst und wahrlich teuer genug erkaufte? Wird in der katholischen Welt die Erkenntnis wiederkehren, daß wir Katholiken auf Gottes Erde eine heilige Mission, einen hohen Beruf

haben, die verpflichtende, große Aufgaben, das Salz der Erde, Soldaten des Heillands zu sein? In der Liebe, die sie zu einander besitzen, erkennen die alten Heiden die ersten Christen: „Seht, wie sie einander lieben!“ Verkünder und vor allem auch Träger der Menschheit und Völkerliebe zu sein, ist des Katholiken Aufgabe und Pflicht. Diese Liebe predigt uns mit ergreifender Eindringlichkeit und Herzlichkeit gerade der heutige Tag, der dem Gedächtnis der größten Liebestat geweiht ist, die je auf Erden geschah: der Einsetzung des heiligen Altarsakraments. Der Glaube an den eucharistischen Heiland ist das Merkmal, das uns katholische Christen kennzeichnet; seine Stärke und Innigkeit. Der Heiland im Heiligen Sakrament ist die Quelle unserer Kraft, unser Trost im Leid, unsere Hoffnung und unsere Liebe. Freies, jubelndes Bekenntnis zu ihm ist unserm Herzen Bedürfnis und unserer christlichen Bestimmung Pflicht. Wir stehen zu ihm in diesen bitteren Tagen um so freier und bekenntnisfreudiger, weil wir uns bewußt sind, daß wir ihm heute mehr als je umso enger und fester an unserem König und Führer uns anschließen müssen, je kleiner und leiser sein Heerborn zu werden scheint. Denn in ihm allein ist Rettung. Es gibt in der Tat nur einen Frieden — beim Heiland im Sakrament; nur einen Frieden — der Völker — vor dem Tabernakel im Leuchten des ewigen Lichts. Erst wenn die Völker von ihrer langen Wanderung nach Glück und Frieden ermüdet im Schatten des Heiligums niedersinken, wird wahrer Frieden ihr Anteil werden; dann erst wird Gottes Segen auf dem Gemeinwohlleben der großen Völkerfamilie immerdar ruhen, wenn in allen Ländern alle Völker in Ehrfurcht einstimmen in das hohe Lied des Heiligen Sakraments: Tantum ergo Sacramentum venereur cernui!

gelegt, das in der ganzen Geschichte fast ohne Beispiel sei. Sie trügen die Verantwortung für 7 Millionen Tote und 20 Millionen Verwundete. Die Alliierten würden ihre Pflicht verletzen, wenn sie auf eine Sühne dieser Verbrechen verzichteten. Das ist ungefähr der Hauptinhalt des Schriftstückes. Dann beruft sich die Entente auf die Rede Wilson vom 8. April 1918 (Gowalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt ohne Maß und Grenzen), auf die Rede Lloyd Georges vom 14. September 1917, auf die Rede Clemenceaus vom 17. September 1918 und auf die Rede Orlando vom 8. Oktober 1918, wonach die damalige Definition der sühnenden Gerechtigkeit für die Opfer der Alliierten dem Vertragsschluß zugrunde gelegt werden müsse.

## Aus der feindlichen Antwortnote.

Die Manifestnote. Versailles, 17. Juni. Die Antwortnote der Entente besteht aus drei Teilen, aus einem gleichförmigen Clemenceaus an den Präsidenten der Delegation, dann aus der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die Note der deutschen Delegation bezüglich der Friedensbedingungen, 66 Doppelseiten lang, hierzu einen Anhang mit Verfügungen über die besetzten Gebiete mit Karte. Von diesen beiden Schriftstücken wurden 200 Exemplare übermittle, dann ein Exemplar des Vertrages vom 7. Mai, in das mit roter Tinte handschriftlich die Änderungen eingetragen sind. Die zweite Note vertritt ungenügend den Stil und die literarische Schönheit des Herrn Erdelen. Sie ist überhaupt nicht in französischer Sprache abgefaßt, sondern stellt die auf russische polstige Sprache dar, die wir in diesem ganzen Krieg erlebt haben. Die Begleitnote beginnt mit der Mitteilung, Deutschland verkenne die Position, in der es sich heute befindet. Die deutsche Delegation (sollte zu denken, daß sie nur Opfer auf sich zu nehmen hat, um den Frieden zu erhalten, als ob es sich um den einfachen Abschluß eines verlorenen Kampfes um Gebiets- und Machtverhältnisse gehandelt hätte. Deshalb sehen sich die alliierten Mächte zu einigen prinzipiellen Bemerkungen veranlaßt:

Dieser Krieg sei das größte Verbrechen, das jemals bewußt von einem Volke begangen worden sei, das sich für zivilisiert ausbebe. Die deutschen Machthaber, getreu der preussischen Tradition, hätten ein verklartes Europa tyrannisieren wollen, wie sie ein verklartes Deutschland tyrannisiert haben. Sie hätten das lächerliche an den Krieg vorbereiten, der seit ausgerechnet der Clemenceaus gedacht hat, Jahrzehnten nur an Frieden geschrieben, das Deutschland sei das einzige Land gewesen, das willig für den Krieg vorbereitet war. Die Deutschen hätten gerufen mit der lägerischen Behauptung, die Eiferjucht ihrer Nachbarn erfordere das. Sie hätten ihren dienenden Bundesgenossen veranlaßt, Serbien den Krieg zu erklären, weil sie gewußt hätten, daß dies den Weltkrieg zur Folge haben würde, und um auf jeden Fall den Abschluß des Krieges zu verhindern, hätten sie Verhandlungen und Konferenzen abgelehnt, hätten sie Belgien überfallen, es mit Erektion und Brandstiftung terrorisiert, sie hätten zuerst Giftgase und Luftbombardements, selbst auf Frauen und Kinder verübt. Sie hätten Piraterie getrieben und mit wilder Brutalität gehandelt, Gefangene barbarisch mißhandelt und überhaupt ein Verbrechen an den Tag

gelegt, das in der ganzen Geschichte fast ohne Beispiel sei. Sie trügen die Verantwortung für 7 Millionen Tote und 20 Millionen Verwundete. Die Alliierten würden ihre Pflicht verletzen, wenn sie auf eine Sühne dieser Verbrechen verzichteten. Das ist ungefähr der Hauptinhalt des Schriftstückes. Dann beruft sich die Entente auf die Rede Wilson vom 8. April 1918 (Gowalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt ohne Maß und Grenzen), auf die Rede Lloyd Georges vom 14. September 1917, auf die Rede Clemenceaus vom 17. September 1918 und auf die Rede Orlando vom 8. Oktober 1918, wonach die damalige Definition der sühnenden Gerechtigkeit für die Opfer der Alliierten dem Vertragsschluß zugrunde gelegt werden müsse. Ferner müßten Deutschland eine Reihe von Jahren Beschränkungen auferlegt werden, um die nicht etwa lohmgelagte, sondern sogar erstarkte Wirtschaft einzuschränken. In diesem Zusammenhang verweist sich die Schrift zu dem geradezu lächerlichen Satz: Diese Sühne und Gerechtigkeit sei notwendig, gerade, damit man in einer nicht allzu fernem Zeit auf die Wiederherstellung aller Völker hoffen dürfe. Die Alliierten und Assoziierten anerkennen die Veränderungen, die durch die Revolution in Deutschland herbeigeführt worden sind, und sie beglückwünschen sich zu diesen Veränderungen, weil sie daraus die Hoffnung auf eine bessere Zukunft schöpfen. Das könne aber die Revolution nicht vermindern; denn die Revolution sei erst nach der Niederlage gekommen, und man hätte ungewissheit dem alten Regime zugehört, wenn es nur gestagt hätte. Die Deutschen hätten dem alten Regime alle Kredite bewilligt, die grausamen Befehle der Regierung ausgeführt und tragen jetzt die Verantwortung für diese alte Regierung, weil sie sie nicht früher gestagt hätten.

## Aus der Antwort auf die Gegenvorschläge.

TT. Berlin, 17. Juni. In der gestern überreichten Antwortnote der alliierten Mächte auf die Gegenvorschläge des Grafen Brockdorff heißt es: Auf Grund der Behauptung, daß Oberschlesien von einer deutschen Mehrheit im Verhältnis von 2 zu 1 bewohnt ist und, falls diese deutsch zu bleiben wünsche, willigen die Mächte ein, daß die Frage durch eine Abstimmung der Bewohner selbst entschieden werde. Das für das Saargebiet vorgesehene Regime muß 15 Jahre dauern. Dieses Arrangement wurde als notwendig erachtet, einmal als Bestandteil eines allgemein erwähnten Entschungsplanes und dann als sofortige und für Frankreich als notwendig anerkannte Kompensation für die systematische Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich. Das Saargebiet bleibt nicht unter der französischen Herrschaft, sondern unter der Kontrolle des Völkerbundes. Diese Lösung hat den Vorteil, keinerlei Anmerken in sich zu schließen, nachdem Frankreich das Eigentumsrecht an den Gruben zuerkannt wird. Nach Verlauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung volle Freiheit besitzen, zu entscheiden, ob sie die Vereinigung mit Deutschland, Vereinigung mit Frankreich oder Fortsetzung des im Vertrage vorgesehenen Regimes des Völkerbundes wünscht. Die Gebiete, welche man von Deutschland an Dänemark und an Belgien zu übertragen beabsichtigt, werden nur als Ergebnis eines Entschlusses der Bewohner an diese Mächte übergeben, wobei Freiheit der Abstimmung gewährleistet wird. Die Entente möchte die Eingeborenen der deutschen Kolonien

## schon schaff dem Gedanken widersehen, unter deutsche Oberhoheit zurückzunehmen. Es ist daher den Alliierten unmöglich, Deutschland die Kolonien wieder zurückzugeben, noch ihm ein Mandat dafür anzuvertrauen. Die Vorschläge der Alliierten betreffend das internationale Regime auf den Fässen sind konform den Grundfassen des Friedens, wie sie von Deutschland angenommen wurden. Es hat den Anschein, daß die deutsche Delegation den Sinn der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in erheblichem Maße mißachtet hat. Es besteht bei den Alliierten in keiner Weise die

Absicht, Deutschland zu eröffeln und ihm die Stellung zu nehmen, die ihm im internationalen Handel zukommt. Vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt und seine bisherigen Methoden des Angriffes verläßt, ist es die Absicht der Alliierten, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung beim Ankauf von Rohmaterial und dem Warenverkauf genießt.

## Der Vorschlag der Entente über die Wiedergutmachung

schließt keineswegs eine Einmischung in das innere Leben Deutschlands ein, wie es die deutsche Delegation behauptet. Infolgedessen sind die alliierten Mächte nicht gewillt, sie abzuändern; aber mit der deutschen Delegation erkennen sie die Vorteile an, die aus einer möglichst schnellen Kenntnis des von Deutschland zu zahlenden Betrages erwachsen. Dieser Betrag kann nicht sofort festgesetzt werden, da die Höhe der Schäden und die Kosten der Wiederherstellung noch nicht festgesetzt werden können. Die Alliierten willigen ein, Deutschland eine Frist von vier Monaten für die Regelung der von ihm verschuldeten Taten zu machen. Bei dem augenblicklichen Zustande der internationalen Verhältnisse kann man von den kleinen Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie unzerzogen der Zulassung Deutschlands zum

## Völkerbund

auf dem Fuße der Gleichheit mit den Assoziierten zustimmen. (1) Es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts näher zu bringen. Die Entente möchte erklären, daß die Blockade eine gefehliche Kriegsmassnahme ist.

Zum Schluß wird zum Ausdruck gebracht, daß die nunmehr übermittelten Bedingungen das letzte Wort der Alliierten sind, in denen sie nach Prüfung der deutschen Gegenvorschläge bedeutende tatsächliche Zugeständnisse machen, ohne sich von den Grundlinien des Vertrages zu entfernen. Der Vertrag muß in seinem Wortlaut angenommen oder verworfen werden. Im letzteren Falle gelte dieser gleichfalls als Kündigung des Waffenstillstandes, und die Verbündeten werden alle Maßnahmen ergreifen, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

## Sinn der deutschen Presse.

Berlin, 17. Juni. Zur Antwort der Alliierten sagt von den heute erschienenen ganz wenigen Blättern die „Germania“, die Abänderung des Vertrages stelle sich etwas günstiger dar, als die Meldungen von Havas erwarten ließen, aber sie blieben doch sehr weit hinter den Erwartungen zurück. In einer in ihrer Kürze fast unmöglichen Frist sollen die deutsche Nationalversammlung und die deutsche Regierung sich schlußfassen und zwar über Bedingungen von solcher Tragweite und von solcher Härte. Aber man wird in Weimar und in Berlin auch alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, die bei einer Vermeidung der Unterjochung eintreten würden. Noch immer gilt in solchen Fragen der Satz, daß zwischen zwei Uebeln das geringere zu wählen ist. Es ist in Betracht zu ziehen, daß die Zukunft ganz sicher nicht so aussehen wird, wie sie auf dem Pariser Papier steht.

WTB. Berlin, 17. Juni. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Antwort der Entente wird neue Klagen erheben. Das ganze Schriftstück atmet den Geist der Unversöhnlichkeit und des Hasses überheblicher Selbstgerechtigkeit. Alles, was die Deutschen taten, wird als verbrecherisch hingestellt, was auf der anderen Seite noch geschieht einschließlich der Hungerblockade, gilt als Akt gerechter Abwehr. Kennzeichnend für den Geist der Antwortnote ist die Ablehnung des deutschen Wunsches auf sofortige Aufnahme in den Völkerbund. Zunächst ist nur die Volksabstimmung für Oberschlesien zugelassen. Was sonst an Veränderungen vorgeschlagen wurde, ist als Zugeständnis in keiner Weise anzupreisen. Wohl zum ersten Mal in der Geschichte ergibt sich, daß man ein Volk, mit dem man angehängt Frieden schließen will, in unerbreiteter Weise beleidigt und beschimpft. Die Entente



Vermittelnden Fraktionen haben morgen eine Sitzung. Die Zusammenkunft der Nationalversammlung ist Donnerstag oder Freitag. In den nächsten Tagen vollzieht sich die größte Entscheidung der Weltgeschichte, die jedoch immer, wie sie auch fällt, keine endgültige sein wird. Möge das deutsche Volk sich stark genug erweisen, den Kampf selbst weiterzuführen, indem es unerfüllbaren, unannehmbaren, entehrenden Forderungen des Entente-Kapitalismus ein festes Nein entgegenstellt.

WTB. Frankfurt a. M., 17. Juni. Die Frankf. Ztg. schreibt zur Antwortnote der Alliierten: Das, was bisher veröffentlicht wurde, ist geelgen, die Gesühle unseres Volkes bis zum Grund aufzuwühlen. Wir zweifeln nicht, daß sich heute eine Sturmflut von Empörung und Erbitterung über Deutschland ergießt. Die Abreise der deutschen Delegation gab dem französischen Pöbel Anlaß zu gemeinen Ausschreitungen, die zu den schändlichsten gehören, was die diplomatische Geschichte zu verzeichnen hat. So beginnt die Ära des Völkerbundes. Diese Ära der Erniedrigung und Unveröhnlichkeit konnten die Deutschen nicht erwarten, sonst wäre es besser gewesen, keine Reichsdeputierten nach Versailles zu entsenden. Wir kennen die Gesühle, die heute ganz Deutschland bewegen; wir teilen sie und empfinden die ganze grauenvolle Tragik des deutschen Schicksals. Was wir nunmehr auch tun, es wird furchtbarlich sein. Die Erwartung der Stunde ist unermesslich. Deutschland ist aufgegeben, dem Feinde die Unterwerfung zum Vertragsanfang zu verweigern, wenn sie durch Unmöglichungen erzwungen wird. Schicksal wie uns in das Unvermeidliche, hoffen wir auf bessere Zukunft, ganz Ungeheures dafür sind da, daß sie kommt, nicht im Sturzschritt neuer Nachtensnacht, sondern durch den Willen der Völker.

WTB. Berlin, 18. Juni. (Draht.) Der überwiegende Teil der heute früh nach Beendigung des Wapdruckerstreiks erschienenen Blätter nimmt der Entente-Antwort gegenüber den Standpunkt ein, daß diejenigen, die bisher „Unannehmbar“ gefogt haben, es heute nur mit der gleichen Festigkeit sagen können.

**Ententevormarsch und Blockade drohen von neuem.**

TV. Haag, 17. Juni. Nach der Unites Press sind bereits alle Bestimmungen für die Wiedereinführung der Blockade getroffen. Die Alliierten sind völlig vorbereitet, Deutschland in kürzester Frist zu unterwerfen, wenn es nicht vor Sonnabend seine bestimmte Absicht bekannt gegeben hat, zu unterzeichnen. Der allgemeine Plan geht darauf hinaus, daß die englische Blockade von Norden her einsetzt wird, während die Alliierten aus dem Westen vordringen werden. Außerdem werden die Tschecho-Slowaken aus dem Süden, die Polen aus dem Osten vordringen. Als erstes Ziel wird genannt die Besetzung der Industriegebiete, als zweites die Spaltung Deutschlands in einen nördlichen und einen südlichen Teil und als drittes die völlige Vernichtung von allen Seiten.

WTB. Versailles, 16. Juni. (Draht.) Das Blatt „Bataille“ veröffentlicht heute einen für die Ächtung der französischen Arbeiterschaft kennzeichnenden Artikel, in dem das Blatt hervorhebt, daß die Durchführung der militärischen Maßnahmen im Falle der Nichtunterzeichnung des Vertrages durch Deutschland der Entente es nicht notwendig macht, ihre militärischen Schritte, aber welche sie versagen, zu erzwingen. Aus diesem Umstande werde die grundsätzliche Wiederaufnahme der Feindseligkeiten keinen Einfluß auf die innere Lage des Verbandes haben.

WTB. Versailles, 16. Juni. „Chicago Tribune“ berichtet, daß Marshall G. Ochs kurz nach seinem Eintreffen im internationalen Hauptquartier in Lugemburg von Clemenceau nach Paris zurückberufen wurde, um dort die Nachricht abzuwarten, ob die Deutschen unterzeichnen werden oder nicht. Wilson wird heute nach Paris verlassen, um Brüssel, Bpenn und Löwen zu besichtigen. Er wird am Freitag wieder in Paris sein.

**Unterzeichnung oder Ablehnung?**

In der Sitzung des Friedensauschusses, die am Dienstag in Berlin tagte, erhob Ministerpräsident Scheidemann den schärfsten Protest gegen die Bedingungen, die unserer Delegation zugesagt wurde. Zur Mantelnote erklärte er, daß sie ein abschließendes Urteil noch nicht zulasse. Die Begründung, die zur vorgesehene Regelung im Osten gegeben werde, lasse wenig Hoffnung aufkommen, daß wir in dem ausführlicheren Memorandum auf ein wesentlches Entgegenkommen rechnen können. Das gelte auch für die übrigen territorialen Fragen, bei denen eben wie bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen in der Mantelnote noch manche Punkte völlig unklar seien. Angesichts dieser Unklarheiten und angesichts der Tatsache, daß das gesamte Material zurzeit noch nicht vorliege, könne keine Entscheidung noch nicht getroffen werden. Nur der endgültige und vollständige Text der feindlichen Antwort könne die Grundlage für eine gemeinsame Beratung zwischen Reichsregierung und Friedensauschuß abgeben. Das deutsche Volk, die Nationalversammlung und die Reichsregierung seien vor die folgenschwere Entscheidung gestellt, und doch ist es nicht gleichgültig, wie der

Einzelne zu der Friedensfrage stehen möge, mit vollster Objektivität in diese Entscheidung heranzutreten. Niemand dürfe im Zweifel darüber sein, daß unser Volk den schwersten Zeiten entgegensteht. Präsident Fehrenbach schloß sich der Auffassung an, daß eine materielle Beratung erst möglich wäre, wenn das gesamte Material vorliege, und der Friedensauschuß erklärte sich damit einverstanden, daß die nächste Sitzung am Donnerstag abgehalten werden soll. Bis dahin will die Reichsregierung nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten Scheidemann die Möglichkeit gehabt haben, mit der heute nacht hier eingetroffenen deutschen Friedensdelegation endgültig Beschluß zu fassen. Die weitere Geschäftslage wird sich demnach ungefähr folgendermaßen gestalten: Am Mittwoch wird nur das Kabinett beraten, da den Fraktionen das Material erst im Laufe des Mittwochs nachmittags zugehen kann. Am Donnerstag morgen werden die Fraktionen Sitzungen abhalten. Am Freitag wird höchstwahrscheinlich in den Fraktionen auf Grund der Besprechungen des Friedensauschusses die endgültige Stellungnahme der einzelnen Abgeordneten erfolgen und am Sonnabend wird sodann die Plenarsitzung stattfinden.

WTB. Berlin, 18. Juni. (Draht.) Aus Weimar wollen verschiedene Blätter erfahren haben, man gebe sich in Kreisen der Reichsregierung der Hoffnung hin, daß es gelingen würde, wenn die Notwendigkeit es erfordere, die bis Montag abend 7 Uhr ablaufende Frist für die Unterzeichnung der deutschen Antwort nach zu verlängern. Weimar, 17. Juni. Heute vormittag waren die Abgeordneten der bedrohten Distriktgruppen zu einer Sonderbesprechung zusammengetreten. Hier sowohl wie in einer Reihe von Zuschriften an den Friedensauschuß aus dem Osten, kam erneut der unbeugsame Wille der Diktator zum Ausdruck, sich dem Spruch der Friedenskonferenz unter keinen Umständen zu beugen, bis nicht unsere Gegenwortsätze vom 29. Mai erfüllt seien.

Köln, 17. Juni. Der Sonderberichterstatter der sozialdemokratischen „Reinischen Zeitung“ in Weimar, Redakteur Bollmann, drahtet seinem Blatte, trotzdem die Abgeordneten die Antwort der Entente im Wortlaut noch nicht kennen, wäre bekannt geworden, daß man auf etwas mehr Entgegenkommen rechnen könne, als es im ersten Augenblick vorhanden zu sein scheint. Trotzdem blieben die Friedensbedingungen unerfüllbar (!) schwer und sie würden in allen Fraktionen als maßlos und als Bergewaltigung empfunden. Endgültige Beschlüsse seien noch nicht gefaßt worden, man dürfe aber sagen, daß bei allen Fraktionen, die Deutsch-Nationalen vielleicht ausgeschlossen, die Stimmen für die Unterzeichnung viellecht gewachsen seien. Auch in der sozialdemokratischen Fraktion bemühe sich eine richtige Gruppe von Genossen, die Mehrheit der Fraktion für Unterzeichnung mit entsprechender scharf formulierter Erklärung zu gewinnen.

WTB. Amsterdam, 17. Juni. (Draht.) Allgemeines Handelsblad meldet aus Paris vom 16. Juni, daß die begründende Note der Antwort der Alliierten vom Sekretär Lloyd Georges, Philipp Kerr abgefaßt wurde. Dies sei ein Beweis, daß der Alliiertenblock geschlossen ließe, und England keineswegs getrennt sei, andere Zugeständnisse zu machen, als die vom Brierart gebilligten. Man hält es nicht für unmöglich, daß im Falle der Verweigerung der Unterzeichnung Erzberger versuchen werde, Verhandlungen mit England anzuknüpfen, um bessere Bedingungen für Deutschland zu erhalten.

Deutscherseits ist niemals angenommen worden, daß England aus der Entente auscheiden werde, vielmehr ist man immer der festen Überzeugung gewesen, daß Englands Imperialismus sich zum Ziel gesetzt hat, möglichst viele Ertragsquellen des Krieges für sich zu sichern. Die Schrift.

U. Rotterdam, 17. Juni. Aus Paris wird gemeldet, daß Graf Ranau angeblich nicht nach Versailles zurückkehren werde. Man glaube dort, daß er direkt durch einen anderen Delegierten ersetzt werde. Man nennt wieder einmal Erzberger als Ranau's Nachfolger.

Berlin, 18. Juni. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Antwort liegt hier noch nicht vor. Wenn sie nicht mehr enthält, als die Mantelnote erwarten läßt, kann man es als sicher bezeichnen, daß die Regierung und die Friedensdelegation in ihrer feigen Zusammenziehung den Vertrag nicht unterzeichnen werden. Würde sich wider alle Erwartungen ergeben, daß in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Unterzeichnung vorhanden ist, so müßte innerhalb der kurzen Frist, die zur Verfügung steht, eine neue Regierung gewählt werden, die die neuen Friedensdelegierten zu ernennen und mit der Unterzeichnung des Vertrages zu beauftragen hätte. Schließlich rechnet der Vorwärts mit einer allgemeinen Volksabstimmung.

**Die Zwischenfälle in Versailles. — Clemenceau einflußvollig.**

WTB. Versailles, 17. Juni. (Draht.) Zu den Zwischenfällen am gestrigen Abend berichten die Blätter noch folgendes: Mauerankämpfer, durch welche gewisse angeblich patriotische Verbände und Vereine die Mauer von Paris beschnitten, haben nicht wenig dazu beigetragen, die bestige Stimmung zu schaffen. Als Graf Brockdorff-Ranau gestern abend Versailles verließ, empfing ihn Schreien und Pfeifen und die Polizei mußte einschreiten, um die deutsche Delegation gegen den Berliner Pöbel zu schützen.

WTB. Berlin 18. Juni. (Draht.) Verschiedenen Blättern wird aus Versailles berichtet, daß bei den Delegierten eine Note Clemenceaus eintraf, worin das Bedauern über die Ausschreitungen des Volkes ausgesprochen wurde. Der Präsekt des Seinedepartements sei beauftragt, mündlich Entschuldigung beim Geländigen Janiel anzubringen. Der Präsekt und der betreffende Polizeikommissar werden von ihrem Posten aberufen werden.

**Noch nicht genug!**

U. Genf, 17. Juni. Der „Matin“ bezeichnet die Zugeständnisse der Entente geradezu als eine Kapitulation Frankreichs. Es wäre eine Lorzeit von Deutschland, wenn es unter den neuen Umständen nicht unterschreiben würde. Ebenso wie man die polnischen Interessen gepflegt habe, werde man — wie Deutschland mit Recht hoffen dürfe — auch in französischen Handel und in der Industrie nach der Unterzeichnung des Friedens stark enttäuscht bleiben.

**Enttäufung in der Schweiz.**

WTB. Paris, 17. Juni. Die Alliierten Bedingungen, die infolge der mangelhaften Berichterstattung der havasagentur nur in auseinandergerissenen Stücken bekannt wurden, haben nach einer Genfer Meldung des Berner Tagblattes in der Schweiz sehr große Enttäufung hervorgerufen. Die französische Valuta ist infolge der Erregung an der Börse um drei Prozent gefallen, die deutsche gleich geblieben, da man überzeugt ist, daß Deutschland einen solchen Frieden nicht unterzeichnen werde. Die Genfer Feuille stellt zum Schluß fest, daß die neuen Bedingungen nicht besser seien als die alten. Ein Plebiszit n Oberziehen nach der polnischen Belegung würde gar nichts besagen. Am größten ist die Enttäufung über das Ausbleiben einer allgemeinen Erklärung, wemngleich man in dieser Beziehung einen radikalen Eingriff des amerikanischen Parlaments erwartet. Das Berner Tagblatt schreibt: Clemenceau stellt in seinem vorwöchentlichem Hof das deutsche Volk so dar, als wäre es eine Bande von Räubern und Mördern. Auch dieses Schriftstück kann kein Deutscher anders auflassen, als daß es zerrisse und dem Aussteller zurücksende. Wilson hat wahrscheinlich aus diesem Grunde das Schreiben auch nicht unterzeichnet. Der Brief ist ein rein französisches Produkt, ein Produkt desjenigen Frankreichs, das sich 40 Jahre hindurch in Hof und Unveröhnlichkeit gebildet habe. Nach dieser Tat eines alten haßerfüllten Mannes ist wenig Hoffnung mehr vorhanden, daß der Friede unterzeichnet werde. Clemenceau habe mit dieser scheidlichen Epistel den Frieden verhindern wollen, und es frage sich nur, ob seine Genossen die Absicht, mit einem Federstrich alle ihre Friedensbemühungen verhindert zu haben, ruhig hinnerneben werden.

**Sonstige Nachrichten.**

WTB. Haag, 17. Juni. Laut R. A. C. wird die Ableitung Haag der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei am Donnerstag abend eine Protestkundgebung gegen einen Gewaltsfrieden der Entente abhalten.

U. Haag, 17. Juni. Die Neue Korrespondenz ist von autoritativer Seite ermächtigt, mitzuteilen, daß die von der Agentur Europa Presse gebrachte Nachricht, wonach der Rücktritt des Kabinetts Clemenceau bevorstehe und Briand alle Vorbereitungen für die Neubildung des Kabinetts getroffen habe, jeder Begründung entbehre.

U. Amsterdam, 17. Juni. Dem Telegraf wird untern 15. d. Mts. aus Paris gemeldet, daß nach dem „Temps“ nunmehr sämtliche neutralen Staaten einschließlich Holland an einem neuen Blockadefrieg gegen Deutschland im Fall, daß dieses den Friedensvertrag nicht unterschreibt, nicht teilnehmen.

Genf, 17. Juni. Im Heeresauschuß der französischen Kammer für Auswärtiges wurde bereits am Montag vormittag in vertraulicher Aussprache vom Bischof die Antwort der Alliierten an Deutschland mitgeteilt. Gegen die Ausstellungen des Ministers erhoben sich keine Einwendungen, auch nicht von sozialistischer Seite.

Bern, 17. Juni. Das der Ententeantwort beigelegte Memorandum, das sich mit den deutschen Gegenvorschlägen beschäftigt, enthält eine Stelle, die besagt, daß die Aburteilung des Kaisers Sache der hohen internationalen Politik sei. Die Alliierten wollten, daß dem Angeklagten alle Rechte auf Verteidigung offen ständen. Es solle dafür gefogt werden, daß das Verfaßen einen feierlichen Charakter trage.

**Rußland.**

**Troßti über die militärische Lage des Sowjet-Russland.**

WTB. Rotterdam, 17. Juni. (Draht.) Dem R. R. G. zufolge meldet Daily Mail aus Petersburg, daß Troßti auf der Versammlung der Zentral-Sowjets in Moskau eine Rede hielt, in der er sagte, daß die militärische Lage für die Bolschewisten schlechter sei als je und zwar nicht nur wegen der Bedrohung Petersburgs, sondern auch wegen der Niederlage des Heeres in Südrussland.

**Amerika.**

Amerikanisch-japanische Spannung. Remont, 17. Juni. Zwischen Amerika und Japan ist eine neue Spannung eingetreten. Der

japanische Botschafter in Washington ist zurückgekehrt. Der Grund ist, daß er die amerikanische Regierung nicht davon abhalten vermochte, in der ostasiatischen Friedensfrage China Unterstützung zu gewähren.

**Stalien.**

**Kabinettsliste.**

Lugano, 17. Juni. Dem „Secolo“ zufolge haben in der letzten Sitzung des Kabinetts sämtliche Minister über die Vorlesung zur Verfügung gestellt. Der König sprach den Wunsch aus, das Kabinett möge, bevor es bedeutsame Entschlüsse faßt, die Meinung der Kammer einholen. Die Regierung wird nun vorerst im Amie verbleiben und sich nur durch einen neuen Verpflegungsminister ergänzen. Das Schicksal des Kabinetts selbst wird dann erst durch die bevorzogene Parlamentssession entschieden.

**Verchiedene Nachrichten.**

**Lugemburger Anzeigungsgefäße.**

Die Nationalistische Partei, Organ von der Lebeburger Nationalunion, verlangt in einem Artikel Ridder mit 1815 die Entziehung der durch den Wiener Kongreß an Preußen abgetretenen Kantone Schöden, Kronenburg, St. Vith, Sibirung, Argelsh, Steuereburg und Uindelorf. Das Blatt plädiert dafür, daß den Einwohnern dieser Gegenden das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt werde und rechnet mit einer Entscheidung in seinem Sinne. Die Schrift wurde in der Kammer und anderen der Örtliche abgelegenen Orten verteilt, fand aber keine Gegenliebe. Ernsthafte Lugemburger verurteilen natürlich den Antrag.

Frankfurt a. M., 17. Juni. Auf dem Bahnhofsplatz vor dem Hotel Carlton, wo die französischen Offiziere einquartiert sind, kam es zu großen Zusammenstößen. Die Ursache war, daß ein französischer Offizier sich von einem Manne fixiert glaubte und dessen Berührung durchschlug. Nun sammelte sich eine große Menschenmenge an, und es kam zu einem Zusammenstoß und auch zu Schlägereien, in deren Verlauf eine Person tödlich verwundet und eine Anzahl schwerer oder leichter verletzt wurden. Der Polizeipräsident erläßt eine Mahnung an das Publikum, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinziehen zu lassen. Ihm sei mitgeteilt worden, daß, wenn die französischen Offiziere irgendwie gefährdet seien, die aufgestellten französischen Gefüge auf Frankfurt am Main das Feuer eröffnen würden.

**Erkenntnisse in Holland.**

In einem Artikel des „Allgemeinen Handelsblat“ (lib.) steht man u. a.: „Wir liberalen müssen uns daran gewöhnen, daß nicht mehr wir die Leitung der holländischen Politik haben. Wir haben zehn Jahre lang veräuert, uns rechtzeitig der Leitung des Fortschritts zu verschließen, indem wir durch eine eigene soziale Politik die Arbeiter an uns heranzogen.“ Wir haben aber entweder still gelassen oder sind den Sozialdemokraten mehr oder weniger gefogt.“ Als Resultat dieser Politik bezeichnet der Artikelsschreiber die Tatsache, daß jetzt die Katholiken und die Sozialdemokraten die Großmacht der neuen Zukunft seien. Mit der liberalen Leitung sei es für absehbare Zeit getan. Es frage sich nun, wie sich der Liberalismus von Mitteln und bei einer katholischen oder sozialdemokratischen Regierungslösung stellen solle. Der Artikelsschreiber beantwortet diese Frage unter Hinweis auf das im April d. J. veröffentlichte sozialpolitische Doppel-Manifest, das die katholischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen veröffentlicht haben. Er kommt zu dem Schluß: „Wenn wir wählen müssen zwischen dem Weg der „Sozialisierung“, den die rote Internationale weist und dem Weg der Mitbestimmung der Arbeiter über die Betriebsleitung, auf dem uns die schwarze Internationale die ersten Schritte tun lassen will, so wählen wir den letzteren. Zum ersten, weil dies der Weg der Reform nicht von außen, sondern von innen heraus ist. Aus dem und durch den freien Betrieb. Zum zweiten, weil dies nicht ein Weg des sozialen Kampfes, sondern der sozialen Zusammenarbeit ist. Zum dritten, weil hier die Gesellschaft zur Reform veranlaßt wird hinsichtlich einer von der Arbeiterkraft sicher stark empfundenen Notwendigkeit, etwas zu sagen zu haben über die Produktion.“ Außerdem ist bei dem katholischen Manifest gezielte Wege aus schließlich reopulationär; die Gesellschaft findet an ihm einen Leitfaden, ohne daß ihr ein theoretisch festgelegtes Endziel aufgezwungen wird. Da in dem Manifest ausdrücklich die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit nichtkatholischen Organisationen offengeteilt wird, können alle, die nicht auf die Theorie des Klassenkampfes sich festgelegt haben, sich miteinander auf diesen Weg begeben.“

Diese Auslassung spricht für sich. Wie muß der Liberalismus abgewirrt haben, wenn in einem führenden Blatte solche Stimmen laut werden können. Hat man nicht früher stets die „Schwarze Internationale“ mehr bekämpft als die „rote Internationale“? Jetzt ist der Tag der Gerichts angedrohen. Wenn in den Köpfen der führenden Geister im Kampfe gegen Rom die Erkenntnis aufsteigt, daß man allem Rechtlich nur zu Unrecht getan habe, so kommt die Einsicht nun zu spät. Sollte man nicht auch in deutschen Landen allgemach zu einer freundlicheren Auffassung des sozialistischen Katholizismus gelangen können? Die Verhältnisse sind wahrlich darnach angetan. Die deutschen Katholiken überleben werden die christlich gebotene Friedenshand nicht abweisen und werden in jedem Wechselt mit anderen gern arbeiten am Wiederaufbau unseres schwergeprüften Vaterlands. Möge bei uns die Erkenntnis recht bald formen, ehe es so spät, daß der Schaden kaum mehr zu heilen sein mag.







### Briefe an einen Landlehrer

— von A. Heinen. —  
317 Seiten. Volksvereinsverlag.  
Preis M 3.60  
und 10% Feuerungszuschlag.  
Buchhandlung Koch,  
Vechta.

### Surken- und Kürbis-Samen

wieder vorrätig.  
Vechta. L. A. Fortmann.

### Hans Gräf, Photograph,

Vechta i. O., Klingenbagen.  
Aufnahmen täglich vormittags 10 bis nachmittags  
5 Uhr, außerhalb ohne Preiszuschlag.  
Bergsteigerungen. Heimtaufnahmen.  
Gertigung von Amateur-Arbeiten.

### Neue Fahrräder

(Friedensräder) mit guten Gummi sowie  
Fahrrad-Laufrädern fortwährend lieferbar.  
Gleichzeitig zur gefl. Kenntnis, daß ich  
von jetzt an wieder Preisänderungen  
(nicht zu beschweigen mit Indieren) und alle  
mir vorkommenden Reparaturen schnellstens  
fertig stelle.

G. Rolles,  
Fahrradfabr., Vechta i. O., Tel. 28

# Bomben-

sicher  
kaufen Sie am besten und billigsten  
bei

Assmann & Brockmann,  
Visbek i. Oldbg.

### Versammlung

der Weggenossenschaft Bohne, Bezirk 6, am  
Freitag, dem 20. Juni 1919, nachmittags 7 Uhr  
bei B. Köhmann in Bohne.

- Tagesordnung:  
1. Rechnungsablage pro 1918/19.  
2. Voranschlag pro 1919/20.  
3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Einladung zur Weggenossenschafts-  
versammlung Bezirk V., Dinklage  
am Freitag, dem 20. d. Mts., 3 Uhr abends bei  
Wirt Wittrod.

- Tagesordnung:  
Rechnungsablage, Voranschlag für 1919/20.  
Wahl des Wegevorstehers.  
Barlage, Wegevorsteher.

### Versammlung

des Westfälischen Bauernvereins in Visbek  
im Saale des Herrn Dietrichs am Samstag, dem  
21. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr.

- Tagesordnung:  
„Was hat der Landwirt bei der Aufstellung  
des Vermögensberichts zu beachten?“  
Alle Landwirte und Freunde der Landwirtschaft,  
besonders die Steuerleute werden hierzu freund-  
lich eingeladen.  
Der Vorstand des Westfälischen Bauernvereins.

### Kinderschuhe, Sandalen und Hausschuhe

wieder vorrätig.  
Aug. Kramer,  
Bohne, Schuhgeschäft.

### Leeren Fahrrad,

mit Friedensgummi, preis-  
wert zu verkaufen.  
Anton Brinker,  
Vechta i. O., Bremertor.

Eine  
Fahradluftpumpe  
verloren auf der Dieb-  
holzer Chauffee. Der  
ehrl. Finder wird ge-  
beten, dieselbe gegen Be-  
lohnung abzugeben an  
Müller Bröding, Vechta.

### Wägenwagen

mit sehr guten Rädern, und  
9 beste  
Mutterterfel  
zu verkaufen.  
Witt. Sieve, Wehdel  
bei Babbergen.

**Zirkus Dariesé Blumenfeld**  
gibt heute, den 18. Juni, seine Eröffnungs-Vorstellung  
Die Diresktion.  
auf dem Marktplatz in Vechta.

### Maschinenöl,

hellgrün im Rahmen von  
sämtlichen Größen.  
Schierberg u. Hontomp,  
Damme.

### Klavier

zu kaufen gesucht, wenn  
auch reparaturbedürftig.  
Angebote mit Preis-  
und Firmenangabe an  
E. Werner, Rüstingen 1  
Börsestr. 70.

### Zu verkaufen 6 Stück größere Gänse-Rüfen.

August Hötting, Latten.  
Habe eine sehr gut  
erhaltene

### Scheune,

11,5 Meter lang, 5,5  
Meter breit, Eisenfach-  
werk, sofort zum Abbruch  
zu verkaufen.

Kolon gr. Hötting,  
Oldorf bei Damme.  
Am Samstag, dem 21.  
Juni sollen die Genossen-  
schaftswege Südlinie 1  
u. 2 durch Windesforde in  
Stand gesetzt werden.  
Versammlung Genossen-  
schaftswege 88 Götterstraße.  
Der Vorstand

## Eisenwerk Varel

Gegr. 1843 Varel/6 G.m.b.H.

Telegr. Eisenwerk Vareloldenburg  
Fernruf-Nr. 20, 25 u. 43

### Liefert

Eisen- Stahl- u. Metallguß, roh u.  
bearbeitet. - Konstruktionen -  
Maschinen für Molkereien, Ziegeleien,  
Mühlen usw. Fabrikeinrichtungen  
Feld u. Normalbahnen. Nieten usw.  
Reparaturen jeder Art.

Zweibüro: Bremen, Oberstr. 743  
Fernruf Roland 8116  
Ingenieurbesuch  
u. Kostenanschläge  
sogar u. kostenlos

### Molkerei-Genossenschaft Langförden, e. G. m. u. F.

### Generalversammlung

am Donnerstag, dem 26. Juni d. J., nachm.  
4 Uhr in Wm. Nieders Wirtschause in Langförden.  
Tagesordnung:  
1. Rechnungsablage und Genehmigung der Bilanz  
pro 1918;  
2. Entlastung des Vorstandes;  
3. Beschlußfassung über die Verwendung des  
Gewinnes;  
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes;  
5. Wahl von 2 Aufsichtsratsmitgliedern;  
6. Bericht über die statgenübende Revision;  
7. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt bis zur Generalversammlung  
beim Geschäftsführer zur Einsicht der Mitglieder aus.  
Langförden, 1919, Juni 17.  
Molkerei-Genossenschaft Langförden, e. G. m. u. F.  
H. Wast. J. Brinthus.

### Spar- und Darlehnskasse, e. G. m. u. F.

### Generalversammlung

am Donnerstag, dem 26. Juni d. J., nachm.  
6 Uhr in Wm. Nieders Wirtschause zu Langförden.  
Tagesordnung:  
1. Rechnungsablage und Genehmigung der Bilanz  
ver 1918;  
2. Entlastung des Vorstandes;  
3. Beschlußfassung über die Verwendung des  
Reingewinnes;  
4. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes;  
5. Neuwahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.

Die Jahresrechnung und Bilanz liegt im Ge-  
schäftszimmer der Genossenschaft zur Einsicht der  
Mitglieder aus.  
Langförden, 17. Juni 1919.  
Spar- und Darlehnskasse, e. G. m. u. F.,  
Langförden i. O.  
H. Wast. J. Stutenborg.

### Landw. Konsumverein Langförden, e. G. m. u. F.

### Generalversammlung

am Donnerstag, dem 26. Juni d. J., nachm.  
5 Uhr in Wm. Nieders Wirtschause in Langförden.  
Tagesordnung:  
1. Rechnungsablage und Genehmigung der Bilanz  
pro 1918;  
2. Entlastung des Vorstandes;  
3. Beschlußfassung über die Verwendung des  
Gewinnes;  
4. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt bis zur Generalversammlung  
beim Geschäftsführer zur Einsicht der Mitglieder aus.  
Langförden, 17. Juni 1919.  
Landw. Konsumverein Langförden e. G. m. u. F.,  
C. Koldehoff. J. Brinthus.

### Süddoldenburger Landbund

Die Vorstände sämtlicher Gemeindebunde des  
Amts Vechta (je 6 Werf.) werden hiermit zu einer  
**Versammlung**  
auf Sonnabend, dem 21. Juni, vormitt. 10 Uhr  
nach Schöfers Hotel in Vechta geladen.

Tages-Ordnung:  
Wahl des Amtsbundvorstandes und eines  
Vorstehenden.  
Aus jeder Gemeinde sind 3 Personen zu  
wählen.  
Es wird gebeten, die Mitgliederlisten und  
Protokolle mitzubringen, soweit sie nicht einge-  
liefert wurden.  
Wetterhafen, 1919 Juni 16.  
H. Bergmann, als Austragter.

### Seifenstein

Flund M. 4.—  
E. S. Mähler, Damme.

### Seld

gegen monatliche  
Rückzahlg. bereit  
J. E. M. Meyer, Hamburg 88

### Hydraul. Sackfall- Mauerkalk.

D. Schröder,  
Vechta & Schneidewitz.

### la Wagenfett.

Schierberg u. Hontomp,  
Damme.

### Vechta,

Burgstraße 11.  
Reparatur-Werkstatt  
für alle Arten  
Wand-, Weck-  
u. Taschenuhren.

### Heiratsgesuch.

Geschäftsmann und Bäcker,  
30 Jahre alt, kath., mit  
Vermögen, wünscht die  
Belamenschaft einer jungen,  
hübschen Dame mit Ver-  
mögen, welche Liebe zum  
Geschäft und Landwirt-  
schaft hat, zwecks baldiger  
Heirat. Junge Witwe und  
Einbetrat nicht ausge-  
schlossen. Offerten mit Bild  
unter 100 an die Geschäfts-  
stelle dieses Bl. erbeten.

Als Stütze in Wirtschaft  
und Haushalt wird zum  
1. Juli oder später ein in  
allen häuslichen Arbeiten  
erfahrenes Mädchen, das  
auch etwas nähen kann,  
gesucht. Frau Eisdamm,  
Rheine, Emststraße. Durch  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsst. Vechta. (339)

Ein ans der Schule ent-  
lassenes Mädchen, welches  
Tuli hat, das Nähen zu  
erlernen, kann sofort in  
Lohre treten.

Landesarbeitsnachweis  
Geschäftsstelle Bohne.

Suche auf sofort 1 tüch-  
tigen Maler und 1 tüch-  
tigen Lackierergesellen,  
für dauernde Arbeit und  
höchsten Lohn. Angebote  
an den Arbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Bohne.

### Natholischer Schlossergeselle

vom Lande sucht zum 1.  
Juli oder später Arbeit in  
etwas größerer Werkstatt.  
Durch (340)  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechta i. O.  
Sofort nach Wühren  
2 Mauter  
geschult.  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechta.

Am Sonntag, dem 22. Juni,  
groses  
Eisenbahner-Sommerfest  
auf dem Schützenplatz in den südlichen  
Lammen bei Vechta.  
Programm:  
Nachm. 3/4 Uhr: Abmarsch unter Voran-  
tritt der Musikkapelle vom Vereinslot  
(Mehlers).  
Von 4—7 Uhr: **Konzert.**  
Hierauf:  
**grosser Festball.**  
Karussell und Schießbude  
auf dem Plage.  
Eintritt 50 Pf. Kinder unter 14 Jahren  
haben freien Zutritt.  
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein  
Der Festausschuss.  
Zu obigem Fest habe ich die Wirtschaft  
übernommen und bitte um geneigten Zuspruch.  
August Wrenkshövel.

### Groses Rennen in Cloppenburg

am Sonntag, dem 22. Juni,  
nachm. 3 Uhr  
mit 98 Nennungen.  
Größtes Rennen Nordwestdeutschlands.  
Totalisator am Platze.

### Josepha Prüllage Bernhard Tabeing Verlobte.

Darrentamp h. Cappeln Schwätzeler  
u. J. Cappeln  
Freileichnam 1919.

### Todes-Anzeige.

  
Gott dem Allmächtigen hat gefallen, heute  
morgen 7 Uhr meine liebe Frau, unsere  
gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin  
und Tante, die  
**Ehefrau  
Hermann Vormoor,**  
Emma, geb. Heilige,  
zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb  
nach längerer, mit Geduld ertragener Krank-  
heit, aber doch plötzlich und unerwartet im  
40. Lebensjahre.  
Um ein andächtiges Gebet für die liebe  
Verstorbenen bitten  
**Die trauernden Angehörigen.**  
Vechta, Horst, Wörden, Gut Fänge,  
Sagen, den 18. Juni 1919.  
Die Beerdigung findet statt am Sonn-  
abend, dem 21. Juni 1919, morgens 10  
Uhr, wozu Verwandte und Bekannte einge-  
laden werden.  
Von Beileidsbesuchen bitten wir abgesehen.



Die Kirchen- und Schuldebatten in der Landesversammlung.

Die Bestimmungen des Entwurfs über die evangelische und katholische Kirche waren, abgesehen von einigen radikalen sozialdemokratischen Änderungen, die abgelehnt wurden, nicht der Gegenstand von Debatten in 2. Lesung. Ueber ihre endgültige Gestaltung wird noch zu reden sein.

Wegfall der Beschlüsse der Landesversammlung über die Schulparagrafen müssen wir mit Bedauern feststellen, daß die demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit es für richtig hielt, über die Forderungen, die das katholische Oldenburgische Volk in gemeinsamer Einigkeit erhoben hat, zur Tagesordnung überzugehen. Das katholische Volk hat gehofft, daß eine Zeit, die demokratisch und freischheitlich sein will, auch ihm wenigstens die Rechte mahnen würde, die es bisher befehlen hat. Diese Hoffnung ist aufgehoben worden. Die bisherige Beordnung, die uns die religiöse Erziehung der Kinder nach unserer religiösen Überzeugung überläßt, ist zum Spielball einer gemäßigten Mehrheit geworden. Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder, das über dem Rechte des Staates steht, ist tatsächlich in weitgehendem Maße beschränkt worden zugunsten des Staates, der nicht mehr christlich sein will. Man gab uns einige Sicherungen, die wirklich keine sind, denn eine 2/3 Majorität können wir als eine Sicherung unserer Kultur nicht ansehen.

Unser katholisches Ober-Schulkollegium ist uns verfassungsmäßig nicht geschützt worden. Warum nicht? Weil man es über kurz oder lang anfechten will. Der sog. Abg. Heilmann erklärte im Ausschuss, daß seine Partei für völlige Aufhebung sei. Die Demokraten gaben allerdings ab, aber man denke daran, daß im 1910 vom Landtag ein freiständiger Antrag auf Aufhebung angenommen wurde, und daß die Regierung ihn nicht berücksichtigt, kann man derselben freiständigen Seite Wein nachessen. 1917 der bekannte Antrag von Dieck, der ebenfalls die Aufhebung forderte. Können wir in den Demokraten von 1919 mehr Vertrauen haben, wie zu denen von 1910 und 1917? Man muß uns recht geben, wenn wir das bezweifeln.

Eines der wichtigsten Grundrechte, die Un-terrichtsfreiheit, hat man uns nicht vollständig gegeben; man will sie in Fesseln schlagen können. Man kündigt nämlich an, daß bei der Neuordnung des Schulgesetzes die Erziehung von Privatschulen von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden soll. Das bedeutet ein Eingreifen in Elternrechte, eine Verengung der Freiheit der Eltern, den Unterricht und die Erziehung ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Wir unterstreichen, was der Abg. Müller in der Sitzung am 22. Mai den Demokraten und Sozialdemokraten zuzufügen. Diese Freiheit wollen Sie festhalten. Wenn diese Freiheit nicht sein wollen, dann geben Sie den Eltern diese Freiheit, tun Sie das nicht, so nenne ich das unliberal und unchristlich. Die Kirche will die Erziehung von Privatschulen erschweren. Wechselt? Der Zentrumsvorsitz, Rasche hat das Ziel der Erziehung in der Sitzung am 13. Juni aufgestellt: Die Beschränkung der Unterrichts-freiheit soll der Zwangsstaatschule auf konfessionsloser Grundlage vorarbeiten. Das dieser Entwicklung unser stärkster Kampf gilt, braucht wohl nicht gesagt zu werden.

Trotz dieser Ausführungen, die wir leider an der Ordnung des Schulwesens im neuen Staatsgrundgesetz machen müssen, will man uns Entgegenkommen in weitem Maße gezeigt haben. Darauf war der Ton aller Reden der linken Seite gestimmt. Gewiß, man hat uns Entgegenkommen insofern gezeigt, daß man uns wenigstens einige der Rechte, die wir bisher befehlen konnten, hat. Wir können aber nicht deshalb von Dankbarkeit voll sein, weil man uns nicht ganz vergaß, wie es z. B. in Sachen und in mehreren anderen Einzelheiten der Fall ist. Zudem hat man uns die Rechte, die man uns freischheitlich noch zugestanden hat, nicht unbedingt gesichert, so daß die Gefahr, auch sie in Zukunft noch zu verlieren, uns des angebl. Zukunfts Entgegenkommens nicht recht froh werden läßt. Freischheitlich und demokratisch ist es doch wahrhaftig nicht, wenn mit einem Federstrich die Forderungen des katholischen Volkstums hinweggegarbt wurde.

Wer vielleicht einwenden wollte, daß wir in Vorstehendem nicht genügend der Tatsache, daß wir die konfessionnelle Schule, die Überwachung des Religionsunterrichts durch die katholische Kirche und die konfessionnell geregelte Lehrerbildung behalten, Rechnung getragen hätten, denn möchten wir auf die Tatsache hinweisen, die diesen uns jetzt noch gemachten Rechten droht. Die Grund-satzung m. a. W. die aus den Landtagsdebatten klug, was das ist, ist nicht bestritten — gegen diese unsere Rechte. Doch haben wir sie, aber alles, was sie uns wirklich unverrückbar sichern könnte, wurde von der Linken abgelehnt. Man will den Weg nicht erhalten für die „Schulreform“, wie man es nennt, in der die konfessionnelle Schule keinen Platz mehr haben soll, in der von einer kirchlichen Aufsicht über den Religionsunterricht und von konfessioneller Lehrerbildung schon gar nicht die Rede sein wird. Die jetzigen Verhältnisse sind nicht danach angefaßt, einen Schritt zur Radikalisierung unserer christlichen Schule zu tun, aber den Weg will man nicht freilassen. Man wird sofort das katholische

Oberschulkollegium, nachdem es aus der Verfassung entfernt ist, im Schulgesetz beibehalten, man will auch im Schulgesetz die Privatschulen mit Erklärungen beibehalten. Bedenken wir aber, daß jederzeit das Schulgesetz mit einfachem Mehrheitsbeschluss geändert werden kann. Berücksichtigt man das Vorstehende, so wird man in christlichen Kreisen die richtige Bewertung dessen, was wir jetzt erreicht haben, von selbst finden.

Wer da glaubt, daß die Demokraten z. B. ihre alten freiständl. Schulpläne aufgegeben haben, der wird durch die Berichte und Reden der Landesversammlung eines Besseren belehrt werden. Sowohl gegen die konfessionnelle Schule als gegen die kirchliche Aufsicht über den Religionsunterricht und gegen die konfessionnelle Lehrerbildung äußerten sie schwere grundsätzliche Bedenken. Das Wort des demokratischen Abgeordneten Plasow ist für die Simultan-schule, das sagen wir offen heraus, ist eine Befestigung dessen, was wir ausgesetzt haben. Wir geben der Befestigung offen Ausdruck, daß, sobald eine Konsolidierung der Verhältnisse eingetreten ist, sobald man der Rücksichtnahme, die man uns jetzt hier in diesen Schulkampf hineingebracht werden, dessen Ziel die Simultanisierung und damit nur zu leicht auch die Entchristlichung unserer Schule ist.

Daß die Sozialdemokraten ihre dringens-tumsfeindlichen Schulpläne weniger rücksichtsvoll verfolgen werden, lassen ebenfalls die Debatten nicht erwarten. Wohl wurde der Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Wehrens, der auf dem Umwege über die Gemeinden zunächst die Simultan-schule einführen und dann die Befestigung der konfessionnelles Schule erreichen wollte, abgelehnt, weil er keine Unterstützung fand bei den Demokraten. Seine Annahme hätte zu weittragenden Folgen nicht nur für die zukünftige Zusammenarbeit der Parteien gehabt, er hätte auch die ganze Grundlage des Kompromisses zerstört, weshalb er für die Demokraten unannehmbar wurde. Religion soll nicht in die Schule hinein, wir wollen in die konfessionslos konfessionnelle Schule. Diese Worte des sozialdemokratischen Abgeordneten Wehrens mögen sich jeder christliche Mann und jede christliche Frau, alle christlichen Eltern merken. Sie zeigen uns das Ziel der Sozialdemokraten. Wichtig ist auch die Verteilung der Schulbestimmungen durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Hug, der von ihnen sagte, daß durch sie die Tür zur Verweltlichung der Schule aufgeschlossen wäre. Machen wir uns also keine Illusionen darüber, was uns die Zukunft auch hier an Kämpfen bringen wird.

Will man den Kampf, wir werden ge-rißet sein. Wir haben das Recht auf unserer Seite, und nur eine Parole wird es geben, wie sie der Abg. Rasche am 13. Juni prägte: Wir kapitulieren hier niemals. Niemand wird der Abg. Hug es erlauben, daß christliche Eltern ihre Kinder in seine religionslose Zwangsstaatschule schicken werden. Die sozialdemokratischen Schulpläne werden an der Kraft der religiösen Überzeugung eines Volkes scheitern, ebenso wie alle Pläne der linken Partei gescheitert sind. Nützlich ist aber, daß das ganze christliche Volk einig hinter seinen Führer steht. Diese Einigkeit hat unsere gewöhnlichen Zentrumskartellen den Rückhalt gegeben, dessen sie in der Verteidigung unserer christlichen Kultur bedürfte. Daß unsere Zentrumskartellen ihrer schwierigen Aufgabe voll gerecht geworden ist, müssen wir mit Dank anerkennen. Wir sind nur eine Minderheit, aber wir sind mächtig, wenn wir einig sind. Das ist unsere Parole jetzt und in Zukunft.

Religions-Unterricht oder Moral-Unterricht?

Der hochangesehene Leipziger Psychologe Prof. Dr. Wundt war vom evangelischen Pfarrerein in Leipzig um seine Meinung in der Frage des Religionsunterrichts in der Schule befragt worden. Das „Leipziger Tageblatt“ bringt seine Antwort, die jenen bisher auf Wundt schwärmenden Lehrern, die jetzt die Konfessions-schule zu vernichten freuen, zu denken geben sollte. Der Vektor der deutschen Philosophie und Völkerpsychologie, dessen Ausführungen zwar für uns Katholiken nicht ausschlaggebend sind, aber in unsern Entschlüssen für die konfessionnelle Schule, da wir in dem unfehlbaren Lehramt unserer Kirche einen Gewähr haben für die Wahrheit unseres Glaubens, die aber immerhin für den gebildeten Katholiken nicht gleichgültig sind, da sie uns zeigen, wie die Führer des geistigen Lebens, die nicht zu uns gehören, über die wichtigsten Fragen des Lebens denken, schreibt:

Hochgeehrter Herr Pastor! Der verbreitete Ruf nach Abschaffung des Religionsunterrichts in der Schule verdirbt unter diesem Namen nach meiner Meinung eine der größten Kulturbarbareien der Gegenwart. Dieser Ruf hat einen Sinn, wenn man unter Religionsunterricht das Einblenden der Bibel als eines dogmatischen Lehrstoffes versteht, der entweder als Offenbarung oder als geschichtliche Wahrheit hingenommen werden müsse. Ich bin aber der Meinung, daß nur derjenige Lehrer ein brauchbarer Religionslehrer sein kann, der selbst auf dem Standpunkte der besten Wissenschaft

steht, daß aber, gerade von diesem Standpunkte aus betrachtet, die biblische Geschichte und der in ihr überlieferte religiöse Gehalt durch nichts anderes und am allerwenigsten durch einen aus irgendwelchen anderen Quellen zusammengelegenen sogenannten Moralunterricht ersetzt werden kann.

Das Kind und der naive Mensch bedürfen irgendeiner Form, in der ihnen die allgemeine Geschichte der Menschheit und ihr moralischer Gehalt überliefert wird. Ich möchte aber z. B. diejenigen, die die Bibel aus der Schule verbannen wollen, fragen, ob sie einen passenden Ersatz für den durch ihre wunderbare Einfachheit ebenso wie durch ihre unaufrichtigen religiösen Hintergründe ausgezeichneten biblischen Sagenstoff finden wollen? Der geschichtliche, der germanische oder irgend ein anderer Sagenstoff, der mit dem meinem auf diese Frage gerichteten Studium begegnet ist, würde nach meiner Überzeugung völlig ungenügend sein. Soll darum etwa irgend ein Kind oder dem naiven Naturmenschen ein Kompendium moderner Urgeschichte als Ersatz gegeben werden? Genau so wie mit der Frage der Entschaffung der Welt verhält es sich oder mit der ältesten Geschichte der Menschheit. Ein Vakuum statt ihrer zu lassen, ist unmöglich, die Wirklichkeit an die Stelle zu setzen, ist aber ebenso unmöglich. In der Urgeschichte der biblischen Überlieferung hat aber diese älteste Geschichte der Menschheit gerade diejenige Form angenommen, die noch heute für das naive Bewußtsein die am meisten adäquate ist, in der sie außerdem trotz mancher Widersprüche mehr als irgendeine andere für eine kindliche, zugleich nach einer allgemeinen religiösen Grundlage begehrende Auffassung geeignet ist. Oder welche unter den älteren Literaturen der griechischen hätte Werke von so unergänzlichem poetischen und religiösen Wert aufzuweisen, wie sie viele der Palmen, der Propheten, das Buch Job und manche andere dem Neuen kann einen besonderen Vorzug vor dem Alten Testament geben, das um so weniger, als dieses neben jenem gar nicht entbehrt werden kann.

Daß sich ein solcher Religionsunterricht von selbst zugleich zu einem Moralunterricht gestaltet, versteht sich für die Anfänge des letzteren von selbst, während dagegen für die weiteren Stufen allerdings nach meiner Überzeugung weit mehr als dies bisher gesehen ist, auf der einen Seite die Geschichte und Staatslehre, auf der anderen Seite für die reiferen Stufen die Philosophie hinzutreten sollten. Wie das geschehen kann, das ist allerdings sehr Aufgabe pädagogischer Erwägungen, als daß ich hier näher darauf eingehen könnte. Im ganzen aber möchte ich sehr entschieden daran festhalten, daß der Ruf nach der Erziehung des Religionsunterrichts durch einen allgemeinen Moralunterricht eigentlich auf einem veralteten Standpunkte in der Auffassung der Religion selbst beruht. Auch ist nicht zu vergessen, daß die konfessionellen Unterschiede, die natürlich schon die Persönlichkeit des Lehrers mit sich führt, um so weniger einen störenden Einfluß ausüben werden, je mehr die wissenschaftliche Behandlung des Religionsunterrichts durch den Lehrer zur Geltung gelangt.

Indem ich gegen eine Veröffentlichung dieser meiner Meinungsäußerung nichts einzuwenden habe, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener W. Wundt. Werden sich die Gegner der Konfessions-schule durch dieses Zeugnis eines Mannes, der auf Grund der Erkenntnis seines mehr als 80 Jahre währenden Forscherlebens urteilt, noch beeinflussen lassen und ihre tyrannische Unterdrückung der Konfessions-schule einstellen? Für die Feinde der Konfessions-schule wird Prof. Wundt ja nun wohl aufgebracht haben, eine maßgebende Autorität zu sein.

Tagung des kath. Lehrerverbandes.

Die Vertreterversammlung des katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches tagte vom 11. bis 13. Juni in Hildesheim. Der Verbandsvorsitzende Herr Kamp-Bodum, Mitglied der Deutschen Nationalerversammlung, legte in seiner Eröffnungsrede ein feierliches Bekenntnis ab zur konfessionellen Volksschule, das wiederholt den stärksten Beifall der Versammlung fand.

Untere Schul- und Standesforderungen, die in Weimar zur Beratung stehen, geben uns Gelegenheiten, unsern Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Was wir aber gleich zu Beginn unserer Tagung laut und bestimmt aussprechen wollen, ist: Erhaltung der konfessionellen Volksschule nach dem Willen der Eltern, Erziehung der Erbschaft der Erziehung und des Unterrichts, Erhaltung des Religionsunterrichts in allen Schulen einschließlich der Lehrerbildungsanstalten als ordentliches Lehrfach im Rahmen des planmäßigen Unterrichts, erteilt im Auftrage der Kirche nach deren Lehren und Satzungen. (Starker Beifall.)

Redner sprach dann über die Entwicklung des 30 Jahre bestehenden Verbandes und den Einfluß des Krieges auf ihn. Neue Fragen stehen nun zur Verhandlung: Schulaufsicht, Schulleitung, Stadt- und Landlehrer, Junglehrerfrage, gewerkschaftliche Organisation, politische Betätigung u. a. m. Selbst die Frage des Weiterlebens der katholischen Lehrervereine ist aufgetaucht. Wir werden alles prüfen und nach bestem Können erledigen. Bestand und Wirken des kath. Lehrerverbandes ist heute wie früher eine Notwendigkeit: wir halten an unfern katholischen Lehrervereinen fest. (Bravo!) Darüber diskutieren wir nicht. (Sehr lebhaft.) Ebenso selbstverständlich

ist es, daß wir mit anderen Lehrervereinen zusammenarbeiten an gemeinsamen Aufgaben und Zielen.

Mit stürmischer Begeisterung fand folgende Entschliessung einstimmige Annahme:

Die in Hildesheim tagende 17. Vertreter-Versammlung des kath. Lehrerverbandes des Deutschen Reiches erklärt einstimmig, daß der Verband auch unter den neuen Verhältnissen im Reich und seinen Gliedstaaten an der konfessionellen Gestaltung des öffentlichen Schulwesens festhält und alle Maßnahmen entschieden verurteilt, die auf Entchristlichung des Schulwesens hincielen. In Übereinstimmung mit der überwiegenen Mehrheit des deutschen Volkes, die durch Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft bedingt, daß sie die Religion als Grundlage aller sittlichen Willens und Handelns betrachtet, fordert der Verband, daß aus öffentlichen Mitteln konfessionelle Schulen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt und unterhalten werden. Vorkurschritte für diese Forderung ist die Erhaltung des christlichen Geistes in der Lehrerbildung, die darum auf konfessioneller Grundlage zu gestalten ist. In allen Schulen ist der Religionsunterricht im Auftrage und nach den Satzungen und Lehren der betreffenden Religionsgemeinschaft zu erteilen. Die Freiheit der Erziehung und des Unterrichts, sowie das Recht der Eltern, über Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder selbst zu bestimmen, müssen durch gesetzlich festgesetztes Recht auf Errichtung von privaten Schulen voll und ganz gewahrt bleiben.

Zu einer hochbedeutenden Sitzung für die konfessionelle Schule gestaltete sich die öffentliche Volksschule am 12. Juni, die Donnerstagabend im großen Saale des kath. Vereinshauses unter sehr großer Beteiligung der hildesheimischen Bürgerschaft der Stadt Hildesheim stattfand. Herr Gottwald-Berlin, Mitglied der Preussischen Landesversammlung, sprach über die Frage: Katholische Lehrerschaft und katholisches Volk im Kampfe um die konfessionelle Schule. Die Revolution hat mir klar zum Bewußtsein gebracht, daß Zusammenfassung aller Kräfte notwendig ist, wenn der Aufbau mit gleicher Stärke erfolgen soll, wie das Niederreißen durch die revolutionäre Kraft. Damals bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß die Arbeit in der Schule und im Lehrerverein nicht genügt, daß der Lehrer mit dem Volke eine Arbeitsgemeinschaft eingehen muß. Als Lehrer steht mir die irdische Aufgabe der Schule hoch. Unsere katholische Schulen müssen mit jedem anderen Schule in Wettbewerb treten können. Katholisch und richtig ist nicht gleichbedeutend, im Gegenteil, wir wollen auf allen Gebieten des Lebens unseren Mann stellen. Aber höher steht uns die Erziehungsaufgabe der Schule. Die Kräfte, die die Schule meist, dürfen nicht in Eigenmuth und Eigennutz verbrannt werden; sie müssen unseren Schülern den Weg nach oben bahnen, und der ist nur auf religiöser Grundlage möglich. Die Schule, wie man sie einführen will, kann dieses Erziehungsaufgabe nicht gerecht werden. Sie führt zum Zwiespalt in der Schule, zum Kampf zwischen Schule und Elternhaus, zum Schaden der Kinder. In einem Staate der Gleichberechtigung muß man unserer Ansicht nach Rechnung tragen. Wir wollen auch für uns Freiheit der Betätigung in der Jugendberziehung. Wir müssen uns rühren, wenn wir auf Berücksichtigung rechnen wollen. Katholisches Volk und katholische Lehrerschaft wissen, daß sie ihren Glauben nur im Verein mit der Kirche bewahren können. Deshalb soll die Verbindung zwischen Kirche und Schule auch in Zukunft bestehen bleiben, damit unsere Schule nicht bloß dem Staate leistungsfähige Bürger herantreibt, sondern auch Menschen erzieht, die auch ihrer sittlichen Bestimmung gerecht werden und ihr ewiges Ziel zu erreichen vermögen. (Leb. Beif.)

Darauf ergab der hochw. Herr Bischof von Hildesheim, Dr. Joseph Ernst, das Wort zu einer Begrüßung des Verbandes der katholischen Lehrer, die zu wichtiger Beratung versammelt sind. Der Verband der katholischen Lehrer steht bei uns in gutem Obenken. Wir wissen, was er will. Wir wissen, daß er es als seine Hauptaufgabe betrachtet, alle jene Lehrer zusammenzuführen, welche die christliche Erziehung erteilen und üben wollen. Wir wissen, daß der katholische Lehrerverband das katholische Selbstbewußtsein der kath. Lehrerschaft gewaltig gehoben hat. Wir wissen, daß aus diesem katholischen Selbstbewußtsein der katholischen Lehrer auch viel Segen übergefloßen ist auf unsere Schule, auf unsere katholischen Kinder. Daß dank dem kath. Lehrerverbande auch an dieser Stelle für die freundliche Aufmerksamkeit, die er mir diesen Morgen erwiesen hat, ich sehr auch in dieser Aufmerksamkeit ausgedrückt den besten Willen und Wunsch der katholischen Lehrer Deutschlands, zu arbeiten in enger Verbindung mit dem Episkopat. Ich freue mich, es hier aussprechen zu können, daß der Episkopat dem kath. Lehrerverbande sein volles Vertrauen schenkt, daß er vertraut, daß dieser Verband wie bislang so auch in Zukunft die Rechte der Kirche auf die Schule, die Rechte der Kirche auf die Erziehung unserer katholischen Kinder vertreten wird. Wir haben sieben gehört, wie jetzt die Lage ist, was wir zu befürchten und zu erwarren haben. Wir dürfen da nicht gleichgültig sein. Das Interesse der weltlichen Kreise muß immer mehr für die katholische Schule, für den Fortbestand der konfessionellen Schule geweckt und gefördert werden. Wir wollen Schulen, welche unseren Kindern eine möglichst hohe Bildung und Unterbildung für diese Welt geben; aber vor allem wollen wir Schulen, welche den Menschen, die Kinder, für Gott und das ewige Leben erziehen. (Starker anhaltender Beifall.)

Der Verbandsvorsitzende dankte dem hochwürdigsten Herrn Bischof für die anerkennenden Worte.











